

‘Ein Friede für Europa?’ Bericht und Bemerkungen zum Kongreß 350 Jahre Westfälischer Friede. Entscheidungsprozesse, Weichenstellungen und Wiederhall eines europäischen Ereignisses.

I.

Die auf Stichtage fixierte mediale Gedenkkultur der letzten Jahre läßt einen Jubiläumskongreß weit vor dem eigentlichen Jubiläum ungewöhnlich erscheinen, doch der Westfälische Frieden wurde nicht an einem Tag geschlossen, sondern in einem über dreijährigen Prozeß mühsam erarbeitet: Um die Jahreswende 1645/46 begannen in Münster und Osnabrück die eigentlichen Verhandlungen, vorbereitet worden waren sie seit 1643. Zwei Jahre vor dem im Oktober 1998 anstehenden 350jährigem Jubiläum der Friedensschlüsse und zum Auftakt der Gedenkveranstaltungen, die mit der Europaratsausstellung in Münster und Osnabrück ihren Höhepunkt finden werden, richtete daher die Westfälische Wilhelms-Universität vom 27. Oktober bis zum 2. November 1996 unter der Leitung von Heinz Duchhardt (Mainz) einen historischen Kongreß aus, der “Entscheidungsprozesse, Weichenstellungen und Wiederhall eines europäischen Ereignisses” untersuchte.¹

Getagt wurde zunächst im Krameramtshaus, Sitz des heutigen Zentrums für Niederlande-Studien und authentischer Ort der Friedensverhandlungen, im weiteren Verlauf dann im Alexander von Humboldt-Haus, dem Internationalen Begegnungszentrum der Universität Münster. Hier trafen die etwa 100 Teilnehmer, Historiker wie auch Vertreter der Rechtsgeschichte, der Germanistik und der Musikwissenschaft aus allen deutschsprachigen Ländern auf Kollegen aus ganz Westeuropa, aus Skandinavien, den USA, aus Polen, Ungarn und aus Weißrußland. International und vielfältig wie die Teilnehmerschaft dieser “Heerschau der Frühneuzeitler” (so ein anwesender Pressevertreter) waren, der Fragestellung des Kongresses folgend, auch die behandelten Themen. Nach dem zunächst die Friedenskonzeptionen der europäischen Mächte und der gesamteuropäische Kontext von Friedensverhandlungen und Friedensschluß untersucht wurden, folgte schwerpunktmäßig die Behandlung der das Reich betreffenden Fragen, bevor an den letzten beiden Kongreßtagen rechts- und kulturgeschichtliche Aspekte des Friedensschlusses, seiner Rezeption und Interpretation diskutiert wurden. Daneben wurden drei öffentliche Abendvorträge angeboten: Im Anschluß an die offizielle Kongreßeröffnung im Westfälischen Landesmuseum für

¹ Auch die Präsentation des Faksimiles einer auf verschlungenen Wegen in die Obhut des münsterschen Stadtarchivs gelangten hochrangigen Ausfertigung des *Instrumentum Pacis Monasteriense* gehörte zu diesem Auftakt (es handelt sich um das Exemplar des französischen Unterhändlers Servien): *Der Westfälische Frieden*. Das Münstersche Exemplar des Vertrags zwischen Kaiser/Reich und Frankreich vom 24. Oktober 1648. Hrsg. von H. DUCHHARDT und F.-J. JAKOBI, Wiesbaden 1996.

Kunst und Kulturgeschichte (in Gegenwart des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau und der niedersächsischen Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Helga Schuchardt) sprach Heinz Duchhardt zum Thema *Münster und der Westfälische Frieden - kollektives Gedächtnis und Erinnerungskultur im Wandel der Zeiten*. An weiteren Abenden skizzierte am gleichen Ort Heinz Schilling (Berlin) den *Westfälischen Frieden und das neuzeitliche Profil Europas* und Winfried Schulze (München) umriß unter der Überschrift *Pluralisierung als Bedrohung: Toleranz als Lösung* die Entstehung des Toleranzgedankens und seine Umsetzung in die Praxis in der Frühen Neuzeit. Die öffentlichen Vorträge und einige der Referate aus den Arbeitssitzungen sollen im folgenden skizziert werden. Vollständigkeit ist hier nicht angestrebt, die Auswahl orientiert sich zwar am Leitgedanken des "europäischen Ereignisses", bleibt jedoch notwendigerweise subjektiv.²

Zuvor jedoch muß die reibungslose Organisation des Kongresses gewürdigt werden. Wie die Teilnehmer einhellig bekundeten, ermöglichte der Veranstalter Arbeit und Reflexion in angenehmer Atmosphäre und schuf so die unerläßliche Vorbedingung für den Erfolg einer solchen Tagung. Erwähnt sei im übrigen auch die Resolution der Kongreßteilnehmer gegen die beabsichtigte Schließung des Göttinger Max-Planck-Instituts für Geschichte. Sie mag - wie viele andere Interventionen - zur Rettung dieser Einrichtung das Ihre beigetragen haben.

II.

Das besonders fruchtbare und facettenreiche Gebiet der Rezeptionsgeschichte des Westfälischen Friedens nahm der methodisch wie thematisch innovative Eröffnungsvortrag von Heinz Duchhardt in den Blick: *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskultur im Wandel der Zeiten* anhand des prominenten Beispiels der Kongreßstadt Münster selbst. Duchhardt stellte hierbei sowohl die hohe Bedeutung heraus, die die Zeitgenossen dem Frieden als einem Wert an sich beimaßen, als auch die Skepsis, die diesen von Anfang an begleitete und die im katholischen Deutschland besonders ausgeprägt war. Dort und also auch im Fürstbistum Münster empfand man den Friedensschluß weitgehend als Niederlage, und eine Gedenkkultur entwickelte sich dementsprechend nur in geringen Ansätzen. Für die Stadt Münster kam erschwerend hinzu, daß die Hoffnungen, die man - auf die Gunst der Stunde spekulierend - auf einen Erwerb der Reichsfreiheit gerichtet hatte, sich nicht nur nicht erfüllten, sondern der Fürstbischof seine Hauptstadt 1661 regelrecht unterwarf. Im Gegensatz dazu stand das paritätische Osnabrück: 1748 wurde dort der Friedensschluß gefeiert, in Münster hingegen nicht. Generell erfreute sich der Westfälische Frieden als Grundlage der Verfassung des Alten Reiches zwar ganz weitgehender Wertschätzung in der deutschen und übrigens auch europäischen Öffentlichkeit, doch war diese Öffentlichkeit eben im Reich über die Staatsrechtler besonders aus Halle und Göttingen vorwie-

² Die Kongreßakten werden 1998 als Beiheft der *Historischen Zeitschrift* erscheinen. Bereits 1997 erschienen ist ein unter dem Titel des Kongresses von der Veranstaltungsgesellschaft 350 Jahre Westfälischer Friede mbH herausgegebener Vorabdruck der drei öffentlichen Abendvorträge.

gend protestantisch geprägt.³ Im 19. Jahrhundert konnte dann zwar der Historismus das historische Gedächtnis etablieren, doch die Erinnerung an den Westfälischen Frieden war gleichwohl von den jeweils aktuellen Zeitläuften überlagert: 1848 stand der Sinn der Zeitgenossen nach anderem als nach Friedensfeiern, und bald wurde "1648" von der kleindeutsch-borussischen Geschichtsinterpretation überschattet, als nationale Schmach mißverstanden und dementsprechend geringgeschätzt. Am Ort des Geschehens selber wurde diese generelle Tendenz allerdings so nicht geteilt und der Friede als zentrales Ereignis der Stadtgeschichte begriffen, doch eine wirkliche inhaltliche Trendwende brachte auch hier erst das Ende des Zweiten Weltkriegs mit seinem völligen Bankrott des bis dahin als Ziel der Geschichte aufgefaßten deutschen Machtstaats. Die Niederlage bewahrte Münster - und die Welt - im übrigen vor einer von der NS-Führung projektierten Neuauflage des Westfälischen Friedens im 'braunen' Gewande.⁴ Die vorgebliche 'Revanche' für die angebliche Schmach endete am 7. Mai 1945 nicht im Münsterschen Friedenssaal, sondern in einem Klassenzimmer in Reims. Die Friedensfeier von 1948 hatte dann für ganz Deutschland symbolhaften Charakter. Nicht zuletzt von hier nahmen Neubewertung der frühneuzeitlichen deutschen Geschichte und eines ihrer 'Gründungsdokumente' vorsichtig ihren Anfang. In jüngster Zeit ist der Westfälische Frieden für die Stadt Münster zum Markenzeichen schlechthin geworden, doch so erfreulich dies gerade für den Frühneuzeithistoriker sein mag, so warnte Duchhardt doch ganz zu Recht vor einer zu weitgehenden Vermarktung und damit einhergehenden Sinnentleerung bzw. Sinnverfälschung des Westfälischen Friedens. Es handelte sich nicht um eine nationale Schmach, doch gewiß auch nicht um den Königsweg zum 'ewigen Frieden'. Es handelte sich um einen nüchternen realpolitischen Lösungsversuch konkreter Probleme. In einigen Bereichen war er von Dauer - im Reich bis 1806 - in anderen, zumindest in seinen materiellen Bestimmungen nur Episode: In Westeuropa hielt er (großzügig gerechnet) gerade bis zum Holländischen Krieg 1672. Auch die gegenwärtig günstige politische Konjunktur dürfe den Historiker nicht veranlassen, den Westfälischen Frieden überzubewerten, ihn selbst und die auf ihn gegründete Reichsverfassung als Ordnungsentwurf und Modell für das Europa von heute zum Zwecke

³ In die gleiche Richtung wie Duchhardt zielten an anderen Beispielen auch die Beiträge von B. ROECK, *Die Feier des Friedens* und K. KELLER, *Ein Land feiert den Frieden: Kursachsen 1648-50*. Auch im lutherischen Sachsen - so Keller - etablierte sich eine Gedenkkultur nicht ganz ohne Schwierigkeiten, da der Friedensschluß selber für das weiterhin mit schwedischer Besatzung belegte Kurfürstentum nicht als Ende der Kriegszeit empfunden wurde und die Festlegung eines geeigneten Gedenktages sich als schwierig erwies. Den Gang der historischen Forschung zeichnete detailliert B. SCHÖNEMANN, *Die Rezeption des Westfälischen Friedens durch die deutsche Geschichtswissenschaft* nach.

⁴ Zum brisanten Kapitel der nationalsozialistischen 'Geschichtsrevision' am Beispiel des münsterschen Friedens vgl. H.-J. BEHR, *Reichsausstellung und Forschungsstelle Westfälischer Frieden. Zwei nationalsozialistische Kulturvorhaben in Münster*, in: *Westfalen* 61 (1983), S. 9-23 (zum Ort eines möglichen Friedensschlusses - Münster oder Berlin - bes. S. 15).

der Identitätsstiftung zu überhöhen. Der Friede von Münster und Osnabrück sei in seiner Zeit ein richtiges und wichtiges Instrument gewesen, doch als politisches oder kommerzielles Argument für die Gegenwart taue er nicht.

Anknüpfen konnte hieran Heinz Schilling, der in seinen Ausführungen über den Westfälischen Frieden und das politische Profil des neuzeitlichen Europa die Diskussion um die Wirkungsmächtigkeit von Europa- und Gleichgewichtsgedanken vor 1700 aufnahm,⁵ um den Epochencharakter des Friedens für ganz Europa deutlich zu unterstreichen. Gewohnt energisch verfocht Schilling dann vor allem den eminenten Stellenwert des Fundamentalprozesses der Konfessionalisierung sowohl für den inneren Staatsbildungsprozeß als auch für die Etablierung des multipolaren, aber von konfessionellen Grundstrukturen bestimmten Staatensystems und interpretierte in diesem Zusammenhang auch den Dreißigjährigen Krieg nicht als Staaten- oder Staatsbildungskrieg (Johannes Burkhardt), sondern in klassischer Manier als Glaubenskrieg. Religion, Konfession und Politik waren in dieser Phase Alteuropas untrennbar miteinander verknüpft - auch wenn, wie Schilling deutlich betonte, die Autonomie der Politik stets gewahrt blieb. Diese Autonomie war es auch, die die prinzipielle Friedensfähigkeit der europäischen Staaten gewährleistete - wie auch der Weg in den Krieg keinesfalls zwangsläufig gewesen war. Der europäische Staat der Frühen Neuzeit war eben kein fundamentalistisches Regime, das sich nur um das Seelenheil der Untertanen und den eigenen Wahrheitsanspruch zu kümmern hatte, sondern es ging ihm um Bewahrung und Steigerung der eigenen Machtposition und daneben - im Dienste dieses höheren Zweckes - auch um Gewährleistung der allgemeinen Wohlfahrt. Dies aber erforderte zum Ende des Dreißigjährigen Krieges Kompromißfähigkeit. Gestärkt wurde diese von der Erfahrung des Kriegs, vor allem aber von jenem Prozeß der Säkularisierung, der auch und gerade von der staatsbildend wirkenden Konfessionalisierung mit voran gebracht wurde: Erst der auf konfessioneller Grundlage innerlich stabilisierte Staat konnte sich vom religiösen Normensystem seiner Frühphase emanzipieren. Beide Prozesse sind somit weniger als Gegensätze denn als Komplemente zu begreifen. Indem diese Friedensfähigkeit in Münster und Osnabrück zum Durchbruch kam, begründete der Westfälische Frieden das moderne Europa des multipolaren Staatensystems, weniger in seinen materiellen Regelungen als vielmehr in der erstmaligen Festschreibung des ideellen Gesamtrahmens. Hier setzte dann im übrigen nicht nur eine Sakralisierung des Friedens schlechthin ein, sondern es entfaltete der Westfälische Frieden einen ganz besonderen 'Wirkungsmythos', der zu einem moralisch und auch politisch wirkenden Moment ersten Ranges wurde. Im Reich aber begründete der Westfälische Frieden jene Rechtstradition, die in Europa weithin als vorbildlich angesehen wurde - in einem Europa, dessen einzelne Glieder zunächst im Krieg und mit fatalen Folgen

⁵ Als Überblick über die Diskussion mit einer Stellungnahme für das Vorhandensein eines Europabewußtseins schon im 17. Jahrhundert vgl. z.B. K. MALETTKE, *Europabewußtsein und europäische Friedenspläne im 17. und 18. Jahrhundert*, in: *Francia* 21/2 (1994), S. 63-93. Neuerdings jetzt auch W. SCHMALE, *Das 17. Jahrhundert und die neuere europäische Geschichte*, in: *HZ* 264 (1997), S. 587-611, bes. 597ff.

näher 'zusammengerückt' waren, die dann aber auch durch die geistige Grundlage der Friedensordnung dauerhaft miteinander verbunden blieben.

Große, in sich geschlossene Gesamtentwürfe wie der Schillings beeindrucken stets in hohem Maße, doch sind sie natürlich in Einzelpunkten immer angreifbar. So dürfte es denn auch in diesem Falle schwierig sein, etwa die französische Politik in das Konfessionalisierungsschema einzuordnen und bei Richelieu tatsächlich 'glaubenskriegerische' Motive zu erkennen. Die Argumente Burkhardts behalten ohnehin ihre Gültigkeit - Schilling erkennt dies selber ausdrücklich an: Gewiß ist der Dreißigjährige Krieg ohne vorangegangene Konfessionsspaltung nicht denkbar, doch war dieser Konflikt 1555 immerhin schon mit einigem Erfolg entschärft worden. Nicht minder war es eben ein Defizit an staatlicher Ordnung, das für das Zusammenfließen mehrerer unterschiedlich motivierter regionaler Konflikte sorgte und die latente Krise ab 1618 erneut zum Ausbruch brachte. Defizitäre Staatlichkeit und ein Überschuß an konfessioneller Motivation waren untrennbar ineinander verschränkt.⁶ In diesem Punkt, Schilling hat es besonders betont, war die Situation nach 1648 dann eine grundlegend andere. Außerdem aber stellt sich die Frage, ob die an Georg Schmidts Interpretation vom Dreißigjährigen Krieg als - in seinen Folgen - eines Reichseinigungskrieges anknüpfende These, es habe dementsprechend 1618-1648 sogar unfreiwillig ein Stück europäische Einigung stattgefunden, nicht sehr viel besser auf die Kriege Ludwigs XIV. anzuwenden ist. Erst nach Rijswijk oder gar nach Utrecht war die französische Hegemonialstellung auf ein erträgliches Maß zurückgestutzt, das multipolare Europa endgültig etabliert, und zwar in bewußter Solidarität der Gegner Ludwigs XIV. - über die Konfessionsgrenzen hinweg.⁷ Erst dann im übrigen waren auch Osten und Westen des Kontinents dauerhaft politisch verklammert, nachdem die Konflikte um die spanische Erbfolge und die Hegemonie im Ostseeraum noch weitgehend parallel und unabhängig voneinander ausgefochten werden konnten. Daß indes der Westfälische Frieden auf dem Weg dorthin die entscheidende Etappe darstellt, gerade durch seinen von Schilling treffend betonten "Wirkungsmythos", bleibt unbestreitbar.

In ähnlichen Bahnen wie Schilling bewegte sich Winfried Schulze in seinem Vortrag über Toleranz als Ausweg aus der Krise der Pluralisierung. Anders als Schilling unterstrich er jedoch zunächst den Charakter der Reformation als markanter Epochenscheide, da dort das Zeitalter der Pluralisierung, der rasanten und auch als solcher empfundenen grundlegenden Veränderung einsetzte. Dieser Pluralisierung trug dann der Westfälische Frieden Rechnung, indem er konfessionelles Nebeneinander nicht mehr auf der Basis der Duldung, sondern auf der der Gleichberechtigung institutionalisierte und so - bei allen einschränkenden Einzelbestimmungen - religiö-

⁶ J. BURKHARDT, *Der Dreißigjährige Krieg*, Frankfurt a. M. 1992, bes. S. 20ff. und 128ff. - Zur Krise des 17. Jahrhunderts vgl. z.B. H. SCHILLING, *Aufbruch und Krise. Deutschland 1517-1648*, Berlin ²1994, S. 372ff. (bes. 379f.) und 397ff. (*Krise des Staatensystems*) sowie den Forschungsüberblick bei H. DUCHHARDT, *Das Zeitalter des Absolutismus*, München 1989, S. 155ff.

⁷ Vgl. G. SCHMIDT, *Der Dreißigjährige Krieg*, 2. überarb. Aufl. München 1996, bes. S. 96ff.

ser Toleranz eine Entfaltungsmöglichkeit bot und mittelbar eben doch jenen unpolitischen Innenraum des Individuums schuf, in dem sich Gewissensfreiheit entfalten konnte. Erforderlich war es dafür, das mittelalterlich-christliche Concordia-Gebot außer Kraft zu setzen und die entstandene Zwietracht 'einträchtig' zu akzeptieren. Diesen Weg zu religiöser (!) Toleranz skizzierte Schulze dann allerdings nicht als sieghaften Sturmflug, sondern wies deutlich auf die zahlreichen Rückschläge noch des 18. Jahrhunderts hin. Den Sieg des Toleranzgedankens könne man daher auch nicht so sehr auf das zwangsläufige Durchdringen des überlegenen idealen Prinzips zurückführen, sondern auf die Fähigkeit der Handelnden, aus den fatalen Verirrungen der Vergangenheit zu lernen und auf das sich immer deutlicher artikulierende Gebot der Staatsräson.

Die drei Vorträge stellten ihre komplexen Materien auf hohem, das historisch interessierte Publikum zugleich forderndem wie ansprechendem Niveau dar; sie stießen auf reges Interesse, waren gut besucht und dürfen als besonders geglückte Beispiele für die Kommunikation zwischen Geschichtswissenschaft und einer breiten Öffentlichkeit dienen - eine Kommunikation, die im deutschen Sprachraum bekanntlich nicht übermäßig intensiv ist. Die öffentlichen Vorträge boten sowohl eigene Forschungserträge der Referenten als auch prononcierte Stellungnahmen und lieferten eine Art Quintessenz der wissenschaftlichen Diskussion der vergangenen Jahre. Grundlage für derartige Überblicke sind jedoch stets detaillierte Einzelstudien, wie sie in den Arbeitssitzungen des Kongresses in großer Zahl vorgetragen wurden.

Hervorzuheben ist zunächst das Referat von Rainer Postel über *Hansische Politik auf dem Westfälischen Friedenskongreß*. Die aus den Akten des Lübecker Archivs gearbeitete quellennahe Studie zeigte auf eindrucksvolle Weise, daß Hansengeschichte auch für die Frühe Neuzeit ein überaus reizvolles und lohnendes Arbeitsgebiet sein kann. So erreichte die Hanse - wiewohl als Körperschaft am Kongreß nicht vertreten - unter der geschickten Führung des Lübecker Stadtsyndikus David Gloxin nicht nur die Bestätigung ihrer Privilegien, sondern erlangte auch als Ganze den Einschluß in den Friedensvertrag und damit die bis dahin höchste internationale Anerkennung, eine neue politische Qualität. Paradoxiertweise jedoch markierte dieser formale Höhepunkt hansischer Geschichte auch gleichzeitig ihr Ende. Zwar war die Hanse durch die Konzentration der Entscheidungsbefugnisse auf die drei Führungsstädte Lübeck, Hamburg und Bremen in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt, doch - so Postels Resümee - gegenüber den aufstrebenden Territorialstaaten des niederdeutschen Raumes war der heterogen zusammengesetzte Bund freier Städte chancenlos und ohne Zukunft. Der die Hanse wesentlich mittragende Typ der nicht reichsfreien, doch dem Landesherrn gegenüber selbstbewußt auf Privilegien und Wirtschaftskraft pochenden *civitas mixta* entfiel in den Jahrzehnten nach 1648 völlig - neben Braunschweig ist die Kongreßstadt Münster selbst das prominenteste Beispiel.⁸

⁸ Vgl. hierzu im gesamteuropäischen Kontext H. SCHILLING, *Höfe und Allianzen*, Berlin 1989, S. 239. In strukturgeschichtlicher Perspektive setzt Schilling die 'Reduktion' Münsters, Braunschweigs und Erfurts durch die jeweiligen Landesherrn und die 'Mediatisierung' Donauwörths durch Bayern in eins mit der Annexion der Reichsstadt Straßburgs durch Frankreich 1681. Vgl. dagegen K. O. VON ARETIN, *Das Alte Reich 1648-1806*, Bd. 1: *Föderalistische oder hierarchische Ordnung*

In räumlicher Nähe zu Postel bewegte sich Horst Lademacher mit seinem Referat *Ein letzter Schritt zur Unabhängigkeit - Die Niederlande in Münster 1648*, wengleich es damit natürlich um einen eindeutigen Gewinner des Krieges ging - und traditionellen Rivalen der Hanse. Daß 'Münster' für die Republik zum 'Siegfrieden' werden würde, war seit langer Zeit absehbar gewesen. Spanien gab sich hier auch keinen Illusionen hin und war bestrebt, den Abschluß zügig voranzutreiben, um gegen Frankreich Entlastung zu erhalten. Die Republik konnte sich daher auf die Durchsetzung ihrer protokollarischen Forderungen konzentrieren. Zeremoniell, so betonte Lademacher treffend, war Politik, und die Republik hatte in diesem Bereich vor allem das Widerstreben des eigenen Verbündeten Frankreich zu überwinden. Die Krone Spanien gestand der Republik die Gleichrangigkeit von Anfang an zu und nahm damit das Ergebnis der Verhandlungen gleichsam vorweg. Dieser Prestigeerfolg fand in der niederländischen Öffentlichkeit ein breites Echo, nicht nur die von Lademacher in großem Umfang ausgewertete politische Pamphletistik der Epoche gibt davon Zeugnis, sondern auch die 'politisch-programmatischen' Gemälde ter Borchs vom Einzug des Gesandten Adriaan Pauw und von der Eidesleistung auf den Friedensvertrag. In jener in den Niederlanden des 17. Jahrhunderts zweifellos bereits deutlich ausgeprägten politischen Öffentlichkeit breitete sich im Vorfeld des Friedensschlusses dann auch eine intensive Diskussion von Für und Wider aus, in der Friedenssehnsucht durchaus nicht dominierte.⁹ Die Republik war vom Krieg selber seit langer Zeit verschont geblieben, ihr Handel und ihre Machtstellung hatten zwischen 1618 und 1648 sogar einen gewaltigen Aufschwung genommen. Auch den gegen einen Frieden mit Spanien als dem Hort der Gegenreformation agitierenden Pamphletisten galt der Frieden prinzipiell als höchstes aller Güter. Daß jedoch der Krieg nicht ganz zu Unrecht als einigender Faktor des disparaten Staatenbundes mit seinen inneren Spannungen gelten konnte, sollten die folgenden Jahrzehnte erweisen.¹⁰ Entscheidender als 'Friedenssehnsucht' war für die niederländische Meinungsbildung aber ohnehin das Mißtrauen vor dem verbündeten Frankreich, das sich zudem durch eine Intervention zugunsten der niederländischen Katholiken unbeliebt gemacht hatte. Lademacher relativierte hier abermals die oft gerühmte 'niederländische Toleranz'.¹¹ Die Republik, diese Einsicht setzte sich durch, hatte im Krieg nichts mehr zu gewinnen. Territoriale Ausdehnung auf katholische südnieder-

(1648-1684), Stuttgart 1993, S. 408f.

⁹ Zur 'Öffentlichkeit' im Reich in diesem Zusammenhang vgl. jetzt K. REPGEN, *Der Westfälische Friede und die zeitgenössische Öffentlichkeit*, in: *HJb* 117 (1997), S. 38-83.

¹⁰ Ob die Konfliktlinien zwischen Friedensbefürwortern und Friedensgegnern im wesentlichen mit der zwischen Regentenpartei und dem Lager des Statthalters übereinstimmte, ließ Lademacher zwar offen, kann aber wohl als wahrscheinlich gelten. Vgl. H. LADEMACHER, *Die Niederlande. Politische Kultur zwischen Individualität und Anpassung*, Berlin 1991, S. 164.

¹¹ Ebd. S. 231ff.

ländische Provinzen war nicht erstrebenswert, und im Gefolge eines völligen Zusammenbruchs der spanischen Machtposition drohte die gefährliche französische Nachbarschaft. Nicht "*pax optima rerum*" war das entscheidende Motiv, sondern "*Gallia amicum, non vicinum*". So brachte denn auch das Jahr 1648 den Niederlanden neben der formalen Anerkennung ihrer in der Sache seit langem bestehenden Unabhängigkeit und Machtstellung auch nur einen Frieden von recht kurzer Dauer. Lademacher sprach sich für eine zurückhaltendere Einschätzung der Bedeutung jenes spanisch-niederländischen Friedens von Münster aus, wiewohl dieser auf die folgenden Abschlüsse sehr wohl impulsgebend gewirkt haben mochte.

Auf die häufig gepriesene strukturell höhere Friedensfähigkeit der ständisch verfaßten Republiken im Zeitalter des Absolutismus warf dieser Beitrag ein etwas ungewöhnliches Licht. Der heftige Bellizismus der einen Seite und das von realpolitischem Pragmatismus bestimmte Votum der Friedensbefürworter scheint dieses Axiom zumindest etwas zu relativieren.

Die zwei eigentlichen Siegermächte Frankreich und Schweden beleuchteten in ihren Referaten Paul Sonnino (*Prelude to the Fronde: The French Delegation at the Peace of Westphalia*) und Sven Lundkvist (*Die schwedische Friedenskonzeption und ihre Umsetzung in Osnabrück*). Sonnino legte detailliert die inneren Spannungen in der französischen Politik, den Druck der heraufziehenden Fronde dar, dem diese unterworfen war. Beide Faktoren verhinderten eine Durchsetzung der sehr weit gehenden französischen Kriegsziele, die in ihrer Radikalität Spanien nur die Möglichkeit der Fortsetzung des Krieges ließen. 1659 hatte Mazarin seine Lehren aus dem Münsterschen Kongreß gezogen und ging mit Spanien einen maßvollen Kompromißfrieden ein. Unter seiner Führung - so Sonnino - war Frankreich bereit, sich in das entstehende europäische Staatensystem zu integrieren - unter seinem 'Schüler' Ludwig XIV. aber geriet die Lektion von 1648 in Vergessenheit.¹²

Lundkvist seinerseits wies nachdrücklich auf den begrenzten Handlungsspielraum auch der schwedischen Krone hin, die zwar ihre Forderungen weitgehend durchsetzen konnte - Sicherstellung der evangelischen Konfession, territoriale Kompensation und finanzielle Abfindung des Söldnerheeres -, gerade in bezug auf letzteres aber unter enormem Erfolgsdruck stand.¹³ Darüber hinaus, so legte Lundkvist dar, war Schweden durchaus an der Aufrechterhaltung der hierarchischen Reichsverfassung interessiert, um in Deutschland kein Machtvakuum entstehen zu lassen. Das Interesse am Gleichgewicht verband sich mit dem an der friedlichen Beilegung des Konfessionskonflikts. Durch diese Sorge um jenes (mittel-)europäische Gleichgewicht und durch seine dauerhafte Integration in die politische Ordnung Mitteleuropas als Reichsstand und Garantmacht von Frieden und Reichsverfassung war nun -

¹² Hierzu vgl. jetzt D. CROXTON, *Peacemaking in Early Modern Europe: Cardinal Mazarin and the Congress of Westphalia*, Ph. D. Thesis University of Illinois 1995.

¹³ Im Gegensatz zur traditionellen Sicht kommt Lundkvist zu einer positiven Beurteilung Johan Oxenstiernas, nicht jedoch Salvius'. Vgl. z.B. Fritz DICKMANN, *Der Westfälische Frieden*, Münster ⁶1992, S. 197.

Lundkvist traf sich hier mit Schilling - Schweden enger an das Zentrum des Kontinents angebunden als je zuvor: Der Krieg hatte es nach Europa geführt.

Auch zwei Nichtteilnehmer des Friedenskongresses waren auf dem Jubiläumskongreß mit gehaltvollen Referaten vertreten: Ronald G. Asch sprach über *Die britische Republik und die Friedensordnung von Münster und Osnabrück*, István Hiller über den *Feind im Frieden: Die Rolle des Osmanischen Reiches in der europäischen Politik zur Zeit des Westfälischen Friedens*. Zur Überprüfung des europäischen Charakters der Friedensschlüsse von Münster und Osnabrück war diese Blickerweiterung nicht nur legitim, sondern zwingend. So konnte Asch etwa zeigen, daß die Kriegsereignisse nach 1618 in England zunächst sorgfältig beobachtet wurden und die Diskussion über ein mögliches Eingreifen, das die Puritaner aus konfessioneller Solidarität zwar forderten, ohne aber die Kosten bewilligen zu wollen, das innenpolitische Klima aufheizte und die Spannungen zwischen Krone und Parlament bzw. zwischen monarchischer Bischofskirche und der "hotter sort of Protestants" nachhaltig verschärfte. Das außenpolitische Desaster der Monarchie im Konflikt mit Frankreich und im 'Flirt' mit Spanien, das England zu einem europapolitischen Nullum machte, eskalierte die Situation weiter; der Glaubwürdigkeitsverlust der Monarchie beschleunigte den Kollaps der Verfassungsordnung. Für etliche seiner Untertanen hatte Karl I. den Protestantismus auf dem Kontinent verraten. Nach 1649 aber wurde das konfessionelle Element in der Außenpolitik der britischen Republik beherrschend: Orientiert an Steven C.A. Pincus,¹⁴ plädierte Asch für eine Neubewertung ihrer außenpolitischen Aktionen, insbesondere des Krieges gegen die Niederlande. Auslösendes Moment dieses Konflikts sei zumindest nicht ausschließlich die latente Handelsrivalität gewesen, sondern außerdem der britische Vorwurf, es hätten nunmehr die Generalstaaten durch ihren Friedensschluß mit Spanien den Protestantismus verraten - ähnlich wie einige Jahre zuvor Karl I. Zwar hatte auch jenseits des Kanals der Gedanke eines Arrangements mit Spanien gegen Frankreich seine Befürworter, doch drangen sie dort nicht durch. Der antispansische Kreuzzug war eine wesentliche Legitimationsgrundlage des Cromwellschen Protektorats, auch für den Lordprotektor selbst. Der Katholizismus, und speziell der spanischer Prägung, galt in London als prinzipiell friedensunfähig. Vor allem aber ging es der 'protestantischen' Außenpolitik der britischen Republik mit ihren Anknüpfungsversuchen besonders an Schweden in all ihren Winkelzügen vornehmlich darum, die europäischen Monarchien in Unruhe zu halten und ihren Schulterschluß gegen die Republik der 'Königsmörder' zu verhindern. Entscheidend war die Anstiftung eines Krieges, bei dem eine der großen Monarchien Britannien zur Seite stehen mußte; die Frage des Kriegsgegners war demgegenüber sekundär. Das britische Interesse bestand nicht darin, sich in die Ordnung des Westfälischen Friedens einzufügen - die Vertragsbestimmungen waren ohnehin nur in den größten Zügen bekannt - , sondern diese zu sprengen. Nur so glaubte die Republik, überleben zu können.

Anders als die fest auf dem Boden des 'wahren Glaubens' stehenden westeuropäischen Republiken zeigte sich der türkische 'Erbfeind' der Christenheit zwischen 1618 und 1648 bemerkenswert friedlich. Die Pforte befand sich im Konflikt

¹⁴ *Protestantism and Patriotism. Ideologies and the Making of English Foreign Policy, 1650-1668*, Cambridge 1996.

mit Persien, ohnehin aber war das Großreich im Innern politisch und wirtschaftlich instabil geworden. Als Folge dieses langen Friedenszustandes mit den europäischen Mächten wurde Konstantinopel zu einem erstrangigen Zentrum der Diplomatie. Praktisch alle bedeutenden in Mitteleuropa kriegführenden Mächte waren dort mit ständigen Gesandtschaften vertreten, und auch die Kriegsgegner waren in der Lage, über Dritte in Kontakt miteinander zu treten. Die Gesandtschaften wurden so zu bedeutenden Informationsquellen für ihre heimatlichen Zentralen, und der Nachrichtenfluß aus Konstantinopel in die jeweiligen Hauptstädte war zwar nicht frei von Hindernissen, aber intensiv. Am Beispiel Österreichs jedoch konnte Hiller nachweisen, daß Berichte aus Konstantinopel tatsächlich nicht bis zu den höchsten Entscheidungsträgern gelangten: Die sorgsam ausgearbeiteten sachkundigen Vorschläge fanden kein Echo, sie versandeten im für die Türkenpolitik zuständigen, aber nicht entscheidungsbefugten Hofkriegsrat. Die Aufmerksamkeit des übergeordneten Geheimen Rates galt ausschließlich dem Krieg im Reich, der Zusammenarbeit mit Madrid und den Verhandlungen in Münster und Osnabrück. Der starre Entscheidungsmechanismus der Hofburg war mithin nicht in der Lage, die Vorteile, die ihr aus der Vertretung im Nachrichtenzentrum Konstantinopel erwachsen, zu nutzen.

Einen ähnlichen methodischen Ansatz wählte Maria Victoria López-Cordón Cortezo für ihren Beitrag *La paix occulte: propagande, information et politique autour de Westphalie* zunutze. Auch für Spanien war die Aufrechterhaltung der Kommunikationsstrukturen innerhalb des Weltreiches, zu den Bündnispartnern und vor allem zur Delegation in Münster eine lebenswichtige Frage, und auch für Spanien gilt, daß der Regierungsapparat vom Ansturm der Probleme überfordert war.

Das Osmanische Reich wiederum spielte dann am Friedenskongreß dahingehend eine Rolle, als zunächst ein gemeinsames und ob der Krisensymptome am Bosphorus auch erfolgversprechendes Vorgehen der europäischen Mächte gegen den 'Erbfeind' erwogen und diskutiert wurde. Einem Kompensationsgeschäft - Erfüllung der französischen Forderungen gegen Türkenhilfe - verschloß sich Wien aber, weil man dadurch ein Anwachsen des französischen Einflusses im Reich auf Kosten des Kaisers befürchtete. Der Kreuzzugsgedanke wurde von der Gleichgewichtsidee verdrängt, die durch den Verlauf des Dreißigjährigen Krieges hervorgerufene Interdependenz aller europäischen Konflikte ist auch in diesem Falle offensichtlich. Europa wurde als zusammenhängendes Ganzes begriffen, Türkenpolitik war europäische 'Innenpolitik' geworden. Dieser Blick auf das Osmanische Reich zeige - so konnte Hiller pointiert zusammenfassen - daß die Westfälischen Friedensverträge nicht nur ein Normensystem für die direkt Beteiligten geschaffen hatten, sondern etwas darüber Hinausreichendes, den 'Rahmen eines neuen Europa'.

III.

Zweifellos kann der Jubiläumskongreß des "europäischen Ereignisses" eine eindrucksvolle Erfolgsbilanz aufweisen. Hier war tatsächlich europäische Geschichte betrieben worden, und ein gesamteuropäischer Gedankenaustausch hatte sich etablieren können - besonders die Teilnahme etlicher osteuropäischer Historiker ist ausdrücklich hervorzuheben. Zur Überwindung allfälliger Sprachschwierigkeiten erwies

sich neben den offiziellen Kongreßsprachen Deutsch und Englisch allerdings die Zuhilfenahme des Französischen als unverzichtbar.

In Referaten und Diskussionen konnte durch grundlegende quellenorientierte Studien und Erschließung neuer Themen substantieller Erkenntnisgewinn erzielt werden, durch methodische Neuerungen, Perspektivenwechsel und forcierte Zuspitzung von Standpunkten gelang es, auch bekannten Sachverhalten neue Aspekte abzugewinnen - nicht zuletzt die zum Teil sehr lebhaft diskutierte Diskussion trug dazu bei. Eine besonders erregte Auseinandersetzung zog allerdings ein Beitrag nach sich, in dem von juristischer Seite in klassischer rechtspositivistischer Manier und ohne Berücksichtigung der neueren Ergebnisse der historischen Forschung die Staatlichkeit des Alten Reiches vehement bestritten wurde. An diesem Punkt zeigten sich deutlich die Hindernisse, auf die das interdisziplinäre Gespräch noch immer trifft: Es bleiben offensichtlich weiterhin beachtliche Rezeptionsschranken für Methoden und Forschungserträge der Nachbardisziplin zu überwinden. Ob es indes tatsächlich immer angemessen und sinnvoll ist, dem 'Reich' die 'Staatlichkeit' gleichsam als Prädikat zuzuerkennen und weniger auf seinen Charakter als Organismus ganz eigener Art und Dignität abzielen, wird weiter zu diskutieren sein.

Außer Zweifel jedoch steht nunmehr die Lebendigkeit der erneuerten politischen Geschichte: Die Verbindung der Analyse von Verhandlungstätigkeit, Kommunikationsstrukturen und Feindbildern für die etwa die Beiträge von Hiller und López-Cordón stehen, demonstriert diese Renaissance eindringlich und erweist die Fruchtbarkeit ihrer Ansätze. So war es auch bereits in den Vorträgen von Duchhardt und Schilling deutlich geworden, die politische- und Mentalitätsgeschichte auf höchst sinnvolle Weise miteinander verbinden konnten. Die Rezeptionsgeschichte des Westfälischen Friedens gibt nicht nur Auskunft über Befindlichkeit, Selbstgefühl und Weltansicht der jeweiligen Epoche in ihrem Verhältnis zur Vergangenheit; sie ist darin - bis zum Ende des 18. Jahrhunderts ohnehin - Mentalitätsgeschichte und zugleich politische Geschichte erster Ordnung.

Die Fragen der Auslegung des Westfälischen Friedens beherrschten das Alte Reich bis in seine Endphase, die von ihm hinterlassene politische Ordnung - wiewohl in der Epoche Ludwigs XIV. und durch den Aufstieg der neuen Großmächte Rußland und Preußen überformt - bestimmte das Koordinatensystem der europäischen Politik bis in die Stürme der Französischen Revolution hinein.¹⁵ Gewiß war der Friede von Münster und Osnabrück kein 'Frieden für Europa', dazu war die folgende Epoche allzusehr vom französischen Hegemonialstreben und seinen kriegerischen Folgen bestimmt, und ob dem Friedensschluß das Gedankengerüst von Gleichgewichtskonzeptionen und Europaideen zu Grunde gelegen hat, muß als sehr zweifelhaft gelten - in entscheidender Weise war wohl eher noch die Orientierung am 'Recht' als

¹⁵ Vgl. E. BUDDRUS, *Die Deutschlandpolitik der Französischen Revolution zwischen Tradition und revolutionärem Bruch*, in: K. O. VON ARETIN/K. HÄRTER (Hrsg.), *Revolution und konservatives Beharren. Das Alte Reich und die Französische Revolution*, Mainz 1990, S. 145-154.

traditionellem Axiom europäischer Politik wirksam.¹⁶ Unzweifelhaft aber steht fest, daß sich jene Konzepte auf der Basis des Westfälischen Friedens entwickelten: Nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal war also aus dem Appell an traditionelle Legitimationsmuster etwas qualitativ Neues entstanden.¹⁷ Es war in Münster und in Osnabrück zum ersten Mal ein europäischer Konflikt mit einem europäischen Lösungsversuch (weitgehend) zum Abschluß gebracht worden, hieran sollten sich alle künftigen Versuche orientieren. Das 'Europa' der Staaten, dessen erster Entwurf 1648 vorgelegt wurde, war denn auch etwas grundlegend anderes, als die mittelalterliche 'Christianitas'.¹⁸ Der Münstersche Vertrag war in seinen materiellen Bestimmungen 1664, spätestens 1673, weitgehend Makulatur geworden. Aber die in ihm zum Ausdruck kommende Prinzipien des Friedens als eines säkularen Wertes an sich und das der Staatenvielfalt, der Multipolarität, die auch von Ludwig XIV. nicht mehr außer Kraft zu setzen war, blieben bestehen. Zudem waren durch Krieg und Friedensverhandlungen auch die Staaten der europäischen Peripherie näher an das Zentrum des Kontinents gerückt, waren alle Konfliktherde auf mitunter verhängnisvolle Weise miteinander verbunden. Diese allumfassende Interdependenz etablierte sich freilich wirklich dauerhaft erst nach dem Nordischen und dem Spanischen Erbfolgekrieg. Europa blieb auch nach 1648 ein kriegerischer Kontinent, und die europäische Ordnung des 18. Jahrhunderts war nicht die Ordnung des Westfälischen Friedens; ohne ihn jedoch wäre sie schlechterdings undenkbar gewesen.

Eine Revision erfuhren 1719 mit der weitgehenden Verdrängung Schwedens aus dem Reich auch die territorialen Regelungen des Osnabrücker Vertrages. In seinen auf die Regelung der Konfessions- und Verfassungsfragen des Reiches zielenden Partien blieb dieser jedoch die für eineinhalb Jahrhunderte "Frieden durch Recht" gewährleistende Grundlage der Reichspolitik. Dieser Grundsatz vermochte den überkonfessionellen und überterritorialen Zusammenhalt des komplizierten Gebildes zu gewährleisten. Und bei allen Mängeln kann man diesem auf der Grundlage des Westfälischen Friedens stabilisierten Reich auch beachtliche Erfolge nicht absprechen. Daß diese Stabilität am Ende des 18. Jahrhunderts zur Starrheit wurde, steht auf einem anderen Blatt.¹⁹ Was immer er gewesen sein mag, war der Westfälische

¹⁶ Vgl. H. DUCHHARDT, *Westfälischer Friede und internationales System im Ancien Régime*, in: *HZ* 249 (1989), S. 529-543.

¹⁷ Zum Verhältnis von Tradition und Innovation in der Frühen Neuzeit vgl. mit weiteren Hinweisen etwa H. E. BÖDEKER/E. HINRICHS, *Alteuropa - Frühe Neuzeit - Moderne Welt? Perspektiven der Forschung*. In: DIENST. (Hrsg.), *Alteuropa - Ancien Régime - Frühe Neuzeit. Probleme und Methoden der Forschung*, Stuttgart 1991, S. 11-50, bes. S. 24ff.

¹⁸ MALETTKE, *Europabewußtsein*, S. 73ff. Vgl. SCHMALE, *17. Jahrhundert*, S. 597f. u. 601ff. treffend zum Paradoxon der parallelen Ausbildung von national geprägten Bewußtseinshorizonten und zunehmendem Gebrauch des Europabegriffs.

¹⁹ Die Ansicht Rudolf Vierhaus', es habe der Westfälische Frieden die Reichsverfassung lediglich "stillgestellt", kann angesichts der substantiellen verfassungs-

Frieden, war 1648 doch eines ganz sicher nicht: Es war keines "der großen Katastrophenjahre" der deutschen Geschichte - so noch Fritz Dickmann 1959.²⁰

Der Jubiläumskongreß "350 Jahre Westfälischer Frieden" hat für dieses "europäische Ereignis" neue Ergebnisse vorgetragen, Thesen formuliert und Anstöße zu weiterer wissenschaftlicher Beschäftigung mit diesem Grunddatum der modernen Geschichte gegeben. Es ist zu hoffen, daß der darin zum Ausdruck kommende 'Elan' der europäischen Frühneuzeitforschung nicht nur über 1998 vorhalten, sondern aus den anstehenden öffentlichen Großereignissen weitere Impulse erhalten wird.

rechtlichen Neuerungen, die das IPO brachte, nicht überzeugen. Angesichts der sich im 18. Jahrhundert gegenüber neuen Herausforderungen erweisenden strukturellen Unfähigkeit des Reiches zu Selbstreform oder auch nur Überwindung der Selbstblockade, erscheint die Formulierung dennoch treffend. Vgl. R. VIERHAUS, *Deutschland im Zeitalter des Absolutismus (1648-1763)*, Göttingen ²1984, S. 119.

²⁰ *Der Westfälische Frieden*, S. 494.